

## **Presseinformation**

153/10

Kiel, 9. Juni 2010

**Jannine Menger-Hamilton**

Pressesprecherin

**DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

### **Heinz-Werner Jezewski zum Sparkassengesetz: „Öffentliche Finanzierer sind der sichere Hafen in der Krise.“**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag bekräftigt ihr „Nein“ zum Sparkassengesetz. Sie kritisiert auch den geänderten Gesetzesentwurf scharf. Die in der Anhörung geäußerten Bedenken unter anderem der Sparkassen- und Giroverbände seien nicht berücksichtigt worden. Kompetente Einwände seien damit ignoriert worden und einer schrittweisen Privatisierung Tür und Tor geöffnet worden. Auch die Europäische Rechtslage sei weiterhin unklar.

„Die im Gesetzesentwurf festgeschriebene Möglichkeit der Beteiligung Dritter öffnet einer Renditeorientierung die Tür, die schon die HSH Nordbank in existentielle Not gebracht hat“, sagte Heinz-Werner Jezewski, Fraktionsvorsitzender der LINKEN nach der Ausschusssitzung. „Die Privatisierung der HSH Nordbank ist für drakonische Kürzungen bei Lehrern, Polizisten, Sozialarbeitern, dem Bildungs-, Hochschul- und Sozialbereich verantwortlich. Die geplanten Änderungen im Sparkassengesetz werden auf kommunaler Ebene das Gleiche bewirken. Im Kern geht es bei dem Gesetzesentwurf um die Zerschlagung des Sparkassenwesens als dritte Säule der Bankenwirtschaft in Schleswig-Holstein.“

DIE LINKE fordert ein uneingeschränktes Bekenntnis zum System öffentlich-rechtlicher Sparkassen. „Heute ist die Möglichkeit langlaufende Geschäfte zu machen wichtiger denn je und die bewährte Struktur der öffentlichen Finanzierer ist der letzte sichere Hafen in der Finanzkrise. Diesen für private Investoren zu öffnen und damit zu destabilisieren ist ein grober Fehler, dessen Konsequenzen die nachfolgenden Generationen tragen müssen. Die Verantwortung aber trägt die schwarz-gelbe Landesregierung.“